



# Pressemitteilung

Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern e.V.

## 100 Tage reduzierter Mehrwertsteuersatz auf Beherbergungsdienstleistungen

Statement von Siegfried Gallus, Präsident des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA Bayern e.V.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Presse,

am 1. Januar war es soweit: die Mehrwertsteuer für Beherbergungsdienstleistungen wurde auf sieben Prozent reduziert. *Endlich* sagen wir Branchenkenner, doch kaum ein Tag ging seitdem vorüber, an dem die Maßnahme nicht heiß diskutiert wurde. Für mich Anlass genug nach den ersten 100 Tagen einen ersten Blick darauf zu richten, was sich seitdem getan hat und vor allem, was alles geplant ist.

Zunächst aber: Was war denn die Ausgangslage?

Wohl kaum eine andere Branche ist so international ausgerichtet wie der Tourismus. Nachdem in der Hotellerie 21 von 27 aller EU-Mitgliedsstaaten von der Möglichkeit reduzierter Steuersätze Gebrauch machten, musste die Politik handeln, um endlich auch dem deutschen Gastgewerbe einen wettbewerbsfähigen Mehrwertsteuersatz zukommen zu lassen. Bayern als Tourismusland Nummer 1 mit 560.000 Erwerbstätigen im Tourismus und rund 25 Mrd. Euro Umsatz pro Jahr war dabei mit seinen starken touristischen Nachbarländern besonders hart betroffen. Während Hoteliers in Österreich nur 10 Prozent, in Tschechien gerade einmal 9 Prozent und in der Schweiz sogar nur 3,6 Prozent Mehrwertsteuer an das Finanzamt abführen müssen, waren es bis Jahresbeginn in Deutschland satte 19 Prozent. In der Folge konnten Hoteliers im Ausland seit Jahrzehnten fortwährend in ihre Betriebe investieren, während ihre deutschen Kollegen um das wirtschaftliche Überleben kämpften. Die Banken verloren das Vertrauen in unsere Branche, da auch sie eins und eins zusammenrechnen konnten und merkten, dass der Ertrag bei vergleichbaren Objekten im Ausland wesentlich höher lag als bei uns. Ein Teufelskreis.

Wie stellt sich nun die Situation dar?

Dieser Teufelskreis wurde durch die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf einen wettbewerbsfähigen Satz durchbrochen. Am augenscheinlichsten wurde dies für mich bei der ersten Finanzierungsveranstaltung für das bayerische Gastgewerbe, die wir gemeinsam mit unserem Tourismusministerium am 8. März in Bayreuth durchgeführt haben. Obwohl die Pilotveranstaltung in Oberfranken stattfand, zwar einer absolut sehenswerten Region, aber nicht gerade im touristischen Hot Spot Bayerns, war die Nachfrage danach so gewaltig, dass wir interessierte Hoteliers wegen Überfüllung des Saales abweisen mussten. Die zweite Finanzierungsveranstaltung findet nun am 19. April in Regensburg statt und auch hier zeichnet sich erneut eine Überbuchung der Vorträge und Workshops ab.

Es geht also der vielbeschworene *Ruck* durch unsere Branche. Der reduzierte Mehrwertsteuersatz schafft jetzt wertvolle Handlungsspielräume für dringend notwendige Investitionen. Davon profitieren regionale Handwerker und Zulieferer.

Zehntausende akut gefährdete Jobs wurden gesichert und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen – und das im Gegensatz zur Handhabung in manch einer anderen Branche – bei uns in Bayern. Denn Hoteliers denken global, handeln aber lokal, sie können ihre Betriebe nicht ins Ausland verlagern. Hotellerie und Gastronomie nehmen als Hauptleistungsträger des Tourismus eine herausragende Stellung ein. Verteilt über ganz Bayern, sichern 42.000 gastgewerbliche Unternehmer 310.000 Arbeits- und 16.000 Ausbildungsplätze, insbesondere auch in strukturschwachen Regionen.

Was wurde nun bereits seit 1. Januar erreicht?

Wenn wir jetzt einen Blick auf das werfen, was bereits seit Anfang Januar geplant oder gar schon investiert wurde, gestatten Sie mir bitte einige Anmerkungen:

1. Die Kampagne zu Beginn des Jahres unter dem Motto *Die Hoteliers reichen den Steuervorteil nicht an den Gast weiter*, hat unsere Branche nicht verdient. Ausgangspunkt war der Vorwurf, dass unsere Betriebe den Charme der 70er Jahre aufweisen. Folglich würde es überhaupt nichts bringen, wenn wir uns jetzt in Rabattschlachten treiben ließen. Weil dann könnten wir wieder nicht investieren. Und das sagen wir nicht erst seit dem 18. Dezember! Nein, das war immer unsere politische Argumentationslinie. Ganz davon abgesehen haben wir in Bayern auch kein Preisproblem, wie eine jüngst veröffentlichte ADAC-Studie belegt. Deren Überschrift lautete: „Winterurlaub in Oberstaufen viermal billiger als in Gstaad“. Das Fazit der ADAC-Studie lautet dementsprechend: „Wer sparen will, bleibt im Lande.“
2. Man kann nicht allen Ernstes erwarten, dass, wenn am 18. Dezember das Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschlossen wird, am 1. Januar die Bagger vor den Hotels auffahren. Das geht weder planungs- noch finanzierungstechnisch. Einmal ganz davon abgesehen, dass Hoteliers nicht zu jeder Zeit bauen können. Sie müssen buchungsschwache Zeiten oder gar Betriebsferien abwarten, denn kein Gast will die schönste Zeit des Jahres auf einer Baustelle verbringen.
3. Ich vertrete zwar als Präsident des DEHOGA Bayern rund 12.000 Unternehmer, die immerhin etwa 80 Prozent des Branchenumsatzes erwirtschaften. Viele Betriebe, insbesondere die aus den Bereichen Privatquartiere, Ferienwohnungen, Urlaub auf dem Bauernhof, Jugendherbergen, Jugendgästehäuser oder Campingurlaub vertreten wir gar nicht. Aber auch diese profitieren ja von der Reduzierung der Mehrwertsteuer. Das bedeutet, dass zu den Investitionen der Hoteliers on top zusätzliche Investitionen hinzugerechnet werden müssen.
4. Es besteht auch keine Auskunftspflicht. Das heißt, wir können unsere Betriebe lediglich bitten, uns offenzulegen, was mit den Geldern geschieht. Das bedeutet konkret: ich kann Ihnen heute viele positive Beispiele nennen. Ich werde Ihnen aufzeigen, wo Sie weitere Informationen erhalten. Ich werde mich aber sicher nicht hinreißen lassen, eine Zahl zu nennen und sie als einzig wahre zu bezeichnen.

Die ersten Ergebnisse einer bundesweiten DEHOGA-Umfrage, an der sich bis Ende März 2.800 Hoteliers, davon 274 aus Bayern, beteiligt haben, zeigen: Die Hotellerie investiert und schafft neue Jobs. Drei Monate nach Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes planen diese Hotels Investitionen in Höhe von insgesamt einer halben Milliarde Euro (507,0 Mio. Euro, davon 101,6 Mio. Euro in Bayern) für Neuanschaffungen, Modernisierungen und Umbauten. Darüber hinaus schafft die Hotellerie neue Jobs in konjunkturell schwierigen

Zeiten. Mehr als jeder dritte Unternehmer stellt zusätzliche Mitarbeiter und Auszubildende ein. Zusammengerechnet ergeben sich daraus 2.675 neue Vollzeit- und Teilzeitstellen sowie 1.335 neue Ausbildungsplätze. Zehntausende aufgrund der Krise akut gefährdete Jobs konnten gesichert werden. Ein beträchtlicher Anteil der ersparten Mehrwertsteuer fließt zudem in höhere Löhne und Qualifizierung der Mitarbeiter. 24,7 Millionen Euro werden für Lohnsteigerungen verwandt, für 11,5 Millionen Euro werden Schulungsmaßnahmen durchgeführt. Neben einem noch attraktiveren Preis-Leistungs-Verhältnis können sich die Gäste über niedrigere Preise freuen. 33,6 Prozent der befragten Unternehmer haben ihre Zimmerpreise um durchschnittlich 6,5 Prozent gesenkt.

Vergleicht man die Aufteilung der Antworten nach ihrer regionalen Verteilung, ergeben sich folgende Besonderheiten aus bayerischer Sicht:

*Tab.: Anteil der Befragten, die die Mehrwertsteuersenkung für folgende Maßnahmen verwenden*

	Deutschland Angabe in %	Bayern Angabe in %
Investitionsmaßnahmen	90,6	98,4
Lohnerhöhungen	39,6	36,9
Einstellung von Vollzeit-Mitarbeitern	36,6	28,7
Qualifikationsmaßnahmen	34,1	32,0
Einstellung von Teilzeit-Mitarbeitern	33,7	32,8
Preissenkungen	33,6	27,0
Einstellung von Auszubildenden	33,5	32,8
Verbesserung des Betriebsergebnisses	25,7	24,6

Quelle: DEHOGA-Umfrage, Stand 31.03.2010. Mehrfachnennungen möglich.

Während bundesweit 90,6 Prozent der Befragten angaben, in Ihre Betriebe zu investieren, waren es in Bayern stolze 98,4 Prozent. Und noch eine auffallende Besonderheit zu diesem Thema: das durchschnittliche Investitionsvolumen fällt mit 371.000 Euro in Bayern mehr als doppelt so hoch aus, als im Bundesdurchschnitt mit 181.000 Euro. Der in Bayern deutlich höher ausfallende Wert erklärt sich durch zwei Tatsachen: zum einen steht Bayern mit seinen insgesamt 1.192 km Grenze zum benachbarten Ausland im starken internationalen Qualitäts-Wettbewerb. Hier gilt es mehr als anderswo, qualitativ aufzuschließen, ja sogar Maßstäbe selbstbewusst zu setzen. Zum anderen lässt sich der Trend durch unterschiedliche Betriebstypen-Verteilung innerhalb Deutschlands erklären: In der in Bayern stärker verbreiteten Ferienhotellerie blieb der Bruttopreis für den Privatgast gleich. Der Urlauber, der seine Rechnung nicht bei der Steuer absetzen kann, erwartet bei gleichen Preisen eher eine gestiegene Qualität durch Investitionen in den Betrieb. Länder mit einem hohen Anteil an Businesshotels mussten hingegen einen entsprechend höheren Anteil der Steuererleichterungen an die Firmenkunden durchreichen, da für diese die Senkung der Mehrwertsteuer indirekt eine Erhöhung der Zimmerpreise bedeutete. In der Folge steht dort den Hoteliers weniger Geld für Investitionen zur Verfügung. Folgerichtig fällt auch der Unterschied im Bereich Preissenkungen recht deutlich aus: bundesweit senkten 33,6 Prozent aller Befragten ihre Zimmerpreise, während es in Bayern lediglich 27,0 Prozent gewesen sind.

Bei den Einstellungen von Vollzeit- und Teilzeitmitarbeitern sowie Auszubildenden liegen die Vergleichszahlen aus Bayern unter dem Bundesdurchschnitt. Ähnlich verhält es sich bei den Punkten Lohnerhöhungen sowie Qualifikationsmaßnahmen. Letzteres lässt sich dadurch erklären, dass in Bayern aufgrund des hohen Wettbewerbsdrucks mit der schweizer und der österreichischen Hotellerie seit jeher Löhne deutlich über dem Bundesdurchschnitt gezahlt werden, auch kam Bayern besser durch die Wirtschaftskrise als manch anderes Bundesland, was sich bei der Anzahl der gehaltenen Mitarbeitern widerspiegelt, die man dementsprechend nicht wieder nach der Krise einstellen muss.

Eine Anmerkung noch zum Thema *Verbesserung des Betriebsergebnisses*: Wenn jeder vierte Befragte angibt, Teile der Steuererleichterung auch zur Stärkung der Eigenkapitaldecke zu verwenden, ist dies kein Wert, für den man sich schämen muss. Im Gegenteil: Zeigt er doch zum einen, wie ehrlich geantwortet wurde. Zum anderen, dass die Branche nicht kurzfristig denkt. Denn eine gesunde Eigenkapitalbasis ist für eine akzeptable Einstufung beim Banken-Rating Grundvoraussetzung für Investitionen. Und unsere Branche ist bekannt dafür, dass die Eigenkapitaldecke, wenn überhaupt noch vorhanden, viel zu dünn ist.

Damit wir aber nicht nur von abstrakten Zahlen sprechen, haben wir heute drei Kollegen mit drei vollkommen unterschiedlichen Betriebstypen dazu gebeten, aus erster Hand zu erzählen, was es in der Praxis bedeutet, endlich Chancengleichheit mit den Mitbewerbern aus dem benachbarten Ausland zu haben.

Wer sich darüber hinaus von Ihnen einen Überblick verschaffen will, was Hoteliers ansonsten planen, empfehle ich einen Blick auf die Internetseite [www.erfolg7prozent.de](http://www.erfolg7prozent.de). Allein für Bayern sind dort ganz detailliert Investitionen in Höhe von 40 Millionen Euro aufgeführt. Das besondere daran: das sind nicht die Großinvestoren, die mehrere Millionen verbauen. Viele berichten auch über anstehende Modernisierungen oder Neubauten, ohne Summen zu nennen. Interessant ist ebenfalls zu verfolgen, wie viele Kollegen Arbeitsplätze halten oder gar neue schaffen. Hier können Sie auch lesen, wer den Steuervorteil weiter reicht oder was sonst noch alles damit geschieht.

Ich bin stolz auf „meine“ Branche. Sie hält Wort: Gäste, Mitarbeiter, Handwerker und Zulieferer – und letzten Endes auch der Staat – profitieren vom niedrigeren Mehrwertsteuersatz. Aber auch die Leitökonomie Tourismus wird durch die Qualitäts- und Motivationsinitiative nachhaltig gestärkt.

Stellt sich für mich die Frage: Was gibt es derzeit zu berücksichtigen?

Aktuell versuchen einige Kommunalpolitiker populistisch auf den Zug aufzuspringen und Hotels für die bundesweite Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Gemeindeebene zu bestrafen. Sie wissen, wovon ich rede: von der sogenannten Kulturförderabgabe bzw. Bettensteuer.

Bitte glauben Sie mir, ich weiß, wie es um die finanzielle Situation unserer Städte und Kommunen steht. Das Aufstellen ausgeglichener Haushalte darf aber nicht auf Kosten der Hotellerie geschehen! Die Mehrwertsteuer wurde reduziert, damit endlich den Unternehmen wieder mehr finanzieller Spielraum für Investitionen zur Verfügung steht. Geld, das direkt in die heimische Wirtschaft zurückfließt. Geld, das in Arbeits- und Ausbildungsplätze auch auf

dem flachen Land gesteckt wird. Wer jetzt fordert, davon einen bestimmten Anteil gleich wieder an die Kommune abzuführen, hat nicht begriffen, worum es geht!

Es gibt eine immer größere Anzahl an Gemeinden in Bayern, bei denen es eine immer geringer werdende Anzahl an Gewerbesteuerzahler gibt. Oftmals ist der Tourismus das letzte Füllhorn des Stadtsäckels. Da sollte man sich schon genau überlegen, ob man das Gastgewerbe stützt oder an dessen Stuhlbein sägt. Kurzfristiges Denken wird uns auch hier nicht weiterbringen!

Ganz davon abgesehen malen manche Politiker ein Szenario an die Wand, als ob die Finanznot nur deshalb über die Städte und Gemeinde hereinbrechen würde, weil die Hoteliers endlich einen international wettbewerbsfähigen Mehrwertsteuersatz erhalten hätten. Ist sie aber nicht. Einmal ganz davon abgesehen, dass die Ursachen für die schiefe Finanzlage der Kommunen ganz woanders liegen, haben Sie sich schon einmal gefragt, was die Entlastung tatsächlich in Euro und Cent ausmacht?

Von den durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz verursachten Steuermindereinnahmen entfallen auf kommunaler Ebene bundesweit nur 19 Millionen Euro auf den Bereich reduzierte Mehrwertsteuer auf Beherbergungsdienstleistungen. 19 Millionen, deutschlandweit. Und das bei 11.513 Städten und Gemeinden – das macht gerade einmal 1.650 Euro pro Gemeinde! Darüber sollte man einmal nachdenken!

Sehr geehrter Herr Zeil, bevor ich das Wort an Sie weitergebe, gestatten Sie mir bitte noch stellvertretend für die gesamte christlich-liberale Koalition auf Bundes- wie auf Landesebene ein großes Lob: Ihre Entscheidung ist für die Branche ein extrem wichtiger Meilenstein. Gewünscht hätten wir uns natürlich das Selbe für die Gastronomie. Doch auch hier werden wir nicht locker lassen und für die berechtigten Interessen unserer Wirte weiterkämpfen. Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einberufung einer Expertenkommission macht uns hierbei berechnete Hoffnung. Der Passus im Koalitionsvertrag zeigt, dass die Widersprüche im geltenden Mehrwertsteuersystem und die konkreten Wettbewerbsnachteile für die Gastronomie inzwischen bei den Politikern bekannt sind. Der BHG wird sich nun konstruktiv und intensiv in die Gespräche einbringen, um die ohne Zweifel bestehenden Benachteiligungen im eigenen Land auch für die Gastronomie schnellstmöglich zu beseitigen.

Vielen Dank.

*Es gilt das gesprochene Wort  
- Ende der Pressemitteilung -*